

Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen

2004	Ausgegeben am 30. August 2004	Nr. 46
------	-------------------------------	--------

Inhalt

Verordnung über den Umfang und den Nachweis der Erfüllung der Lehrverpflichtung an staatlichen Hochschulen (Lehrverpflichtungs- und Lehnachweisverordnung - LVNV) S. 441

Verordnung über den Umfang und den Nachweis der Erfüllung der Lehrverpflichtung an staatlichen Hochschulen (Lehrverpflichtungs- und Lehnachweisverordnung - LVNV)

Vom 14. Mai 2004

Auf Grund des § 29 Abs. 1 des Bremischen Hochschulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Juli 2003 (Brem.GBl. S. 295 - 221-a-1), das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. März 2004 (Brem.GBl. S. 182) geändert worden ist, wird verordnet:

**Abschnitt 1
Gemeinsame Vorschriften**

§ 1

Geltungsbereich

(1) Diese Verordnung regelt den Umfang der Lehrverpflichtung der an den staatlichen Hochschulen nach § 1 Abs. 2 des Bremischen Hochschulgesetzes hauptberuflich tätigen Professoren und Professorinnen, Juniorprofessoren und Juniorprofessorinnen, wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und Lehrkräfte für besondere Aufgaben.

(2) Außer den in Absatz 1 und § 10 aufgeführten Lehrenden sind andere an den staatlichen Hochschulen hauptberuflich Tätige, vorbehaltlich der besonderen Ausgestaltung ihres Dienstverhältnisses im Einzelfalle, weder berechtigt noch verpflichtet, im Rahmen ihrer hauptberuflichen Aufgaben Lehraufgaben wahrzunehmen.

§ 2

Lehrverpflichtung, Beratung und Betreuung der Studierenden und des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie Lehnachweisverpflichtung

(1) Der Umfang der Lehrverpflichtung wird in Lehrveranstaltungsstunden, die im Rahmen der Studienangebote der staatlichen Hochschulen abgehalten werden, ausgedrückt. Eine Lehrveranstaltungsstunde umfasst mindestens 45 Minuten, bei künstlerischem Einzel- und Gruppenunterricht an der Hochschule für Künste 60 Minuten Lehrzeit je Woche der nach § 48 Abs. 1 des Bremischen Hochschulgesetzes festgelegten Lehrveranstaltungszeit des Semesters.

(2) In der Vorlesungszeit erfüllen vollbeschäftigte Lehrende, deren Lehrverpflichtung nicht ermäßigt wurde, ihr Lehr-, Beratungs- und Betreuungsangebot in der Regel an vier Tagen pro Woche in der Hochschule. Inhalt und Umfang der Beratungs- und Betreuungspflichten sowie Präsenzregelungen sind dem Grunde nach in den Zielvereinbarungen zwischen dem Senator für Bildung und Wissenschaft und den Hochschulen nach § 105 a des Bremischen Hochschulgesetzes festzulegen. Die Einzelheiten regeln die Hochschulen, unbeschadet der Rechte des Dekans oder der Dekanin aus § 89 Abs. 5 Nr. 3 des Bremischen Hochschulgesetzes, durch eine genehmigungspflichtige Hochschulordnung.

(3) Zur Berücksichtigung eines wechselnden Lehrbedarfs in einem Fach kann der zuständige Dekan oder die Dekanin den Umfang der Lehrtätigkeit abweichend von der Lehrverpflichtung festlegen. Die Lehrverpflichtung muss in der Regel innerhalb eines Jahres erfüllt werden. Über Ausnahmen entscheidet der Rektor. Das Nähere regelt eine genehmigungspflichtige Hochschulordnung.

(4) Nehmen an einer vorgesehenen Lehrveranstaltung weniger als fünf Studierende teil, sind die Lehrenden verpflichtet, den Dekan oder die Dekanin unverzüglich zu unterrichten. Das gleiche gilt, wenn Lehrveranstaltungen oder einzelne Lehrveranstaltungstermine ausfallen oder verlegt werden. Das Nähere regelt eine genehmigungspflichtige Hochschulordnung.

(5) Die Professoren und Professorinnen, Juniorprofessoren und Juniorprofessorinnen, die Lehrkräfte für besondere Aufgaben und die wissenschaftlichen Mitarbeiter sowie die in § 10 genannten Lehrenden sind verpflichtet, die Erfüllung ihrer Lehrverpflichtung regelmäßig zum Ablauf des Sommersemesters durch eine schriftliche Erklärung über Art und Umfang ihrer Lehrtätigkeit in den beiden vorangegangenen Semestern über den Dekan oder die Dekanin dem Rektor oder der Rektorin nachzuweisen. Der Rektor oder die Rektorin legt die Form und den Inhalt der Erklärung fest. Der Rektor hat dem Senator für Bildung und Wissenschaft auf der Grundlage dieser Erklärungen jeweils bis zum 30. November eines Jahres zu berichten.

§ 3

Lehrveranstaltungen

(1) Für die Erfüllung der Lehrverpflichtung sind als Lehrveranstaltungsstunden nach § 2 Abs. 1 diejenigen Lehrveranstaltungen zu berücksichtigen, die gemäß Prüfungsordnung, Studienordnung oder Studienplan für ein ordnungsgemäßes Studium vorgesehen sind. Lehrveranstaltungen, die nach diesen Vorschriften nicht vorgesehen sind, können nur dann berücksichtigt werden, wenn alle vorgesehene Lehrveranstaltungen eines Studiengangs durch hauptberuflich oder nebenberuflich oder nebenamtlich an der Hochschule tätige Lehrende angeboten werden; im Hauptamt erbrachte Lehrveranstaltungen im Bereich Weiterbildung sind allgemein auf die Lehrverpflichtung anrechenbar. Das Erfordernis bezieht sich auch auf Anforderungen von Studiengängen, denen der oder die betreffende Lehrende nicht zugeordnet ist, für die der oder die Lehrende aber über die verlangte Qualifikation verfügt.

(2) Liegt eine genehmigte Studienordnung, die die nach der Prüfungsordnung erforderlichen Lehrveranstaltungen nach Art, Zahl und Dauer enthält, nicht vor, so bestimmt der Dekan oder die Dekanin, welche Pflicht-, Wahlpflicht- und Wahlveranstaltungen abzuhalten sind. Er bestimmt über die Anrechnung der Lehrveranstaltungsstunden auf die Lehrverpflichtung.

(3) Vorlesungen, Übungen, Seminare, Kolloquien, Repetitorien, künstlerischer Einzel- und Gruppenunterricht sowie hinsichtlich der Vor- und Nachbereitungszeit gleichwertige Lehrveranstaltungen, an Fachhochschulen auch seminaristischer Unterricht und Praktika, werden auf die Lehrverpflichtung voll angerechnet. Modulbezogene Übungen zum selbstangeleiteten Lernen der Studierenden in Bachelor- und Masterstudiengängen werden zur Hälfte angerechnet. Das Dekanat trifft im Rahmen dieser Verordnung eine generelle Festlegung über die Anrechnungsfaktoren der in den Studienplänen vorgesehenen Veranstaltungsarten, die der Zustimmung des Rektors oder der Rektorin bedarf.

(4) Lehrveranstaltungen an nichtbremischen Hochschulen, mit denen ein Kooperationsvertrag abgeschlossen wurde, können mit Zustimmung des Dekans oder der Dekanin auf die Lehrverpflichtung angerechnet werden, wenn gleichzeitig Lehrveranstaltungen der Kooperationshochschule in das Lehrangebot der Bremer Hochschule eingebracht werden. Der Ausgleich der Lehrveranstaltungen soll innerhalb eines Jahres erfolgen.

(5) Bei Exkursionen wird je Tag ein Fünftel der den Lehrenden für eine Woche obliegenden Lehrverpflichtung angerechnet.

(6) Praktika in Einrichtungen außerhalb der Hochschulen und die damit verbundenen Betreuungstätigkeiten sind nicht Lehrveranstaltungen im Sinne der Absätze 1 bis 5; dies gilt nicht für praktikumsbegleitende Lehrveranstaltungen.

(7) Lehrveranstaltungen, die nicht in Wochenstunden je Semester ausgedrückt sind, sind entsprechend umzurechnen.

(8) Lehrveranstaltungen, die teilweise oder vollständig multimedial gestützt angeboten werden, können auf Antrag der Lehrenden wie Veranstaltungen gemäß Absatz 3 auf die Lehrverpflichtung angerechnet werden, wenn sie nachweislich einschließlich der Vor- und Nachbereitung mit der gleichen zeitlichen Belastung der Lehrenden verbunden sind.

(9) Interdisziplinäre oder fachbereichs- oder fachübergreifende Lehrveranstaltungen, an denen zwei oder mehr Lehrende beteiligt sind, können bei der Universität mit dem Anrechnungsfaktor 1,5 und bei Fachhochschulen mit dem Anrechnungsfaktor 3 insgesamt angerechnet werden; die Entscheidung trifft der Dekan oder die Dekanin. Sie werden den einzelnen Lehrenden nach dem Maß ihrer jeweiligen Lehrbeteiligung jedoch höchstens einfach angerechnet. Die Beteiligung und Anrechnung ist zwischen den Lehrenden abzusprechen und vor Beginn der Lehrveranstaltung dem Dekan oder der Dekanin schriftlich anzuzeigen.

Abschnitt 2 Lehrverpflichtung

§ 4

Universität Bremen

An der Universität Bremen haben die Lehrenden folgende Lehrverpflichtung (§ 2):

1. Professoren und Professorinnen

8 bis 10 Lehrveranstaltungsstunden
gemäß Berufungsvereinbarung

2. Juniorprofessoren und Juniorprofessorinnen

8 Lehrveranstaltungsstunden;
unter Berücksichtigung des Qualifikationsstandes und des Umfangs anderer Dienstaufgaben kann die Lehrverpflichtung auf bis zu 4 Lehrveranstaltungsstunden reduziert werden. Über die Reduzierung entscheidet der Rektor oder die Rektorin nach Zustimmung des Dekans oder der Dekanin.

3. Wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, soweit ihnen Lehraufgaben übertragen werden, eine Lehrverpflichtung

a) in unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen von höchstens

8 Lehrveranstaltungsstunden,

b) in befristeten Beschäftigungsverhältnissen von höchstens

4 Lehrveranstaltungsstunden.

4. a) Lehrkräfte für besondere Aufgaben nach § 24 Abs. 1 Bremisches Hochschulgesetz

24 Lehrveranstaltungsstunden.

b) Lehrkräfte für besondere Aufgaben nach § 24 Abs. 2 Bremisches Hochschulgesetz in der Funktion von Lektorinnen oder Lektoren

16 Lehrveranstaltungsstunden.

Werden diesen Lehrkräften neben Lehraufgaben andere Dienstaufgaben übertragen, kann die Lehrverpflichtung entsprechend reduziert werden; bei den Lehrkräften nach dem Buchstaben a kann eine Reduzierung auf bis zu 16 Lehrveranstaltungsstunden erfolgen.

staltungsstunden, bei den Lehrkräften nach dem Buchstaben b auf bis zu 12 Lehrveranstaltungsstunden erfolgen. Über die Reduzierung entscheidet der Rektor oder die Rektorin nach Zustimmung des Dekans oder der Dekanin.

5. Werden die unter den Nummern 1 bis 4 genannten Lehrenden aufgrund vertraglicher Verpflichtungen im Angestelltenverhältnis beschäftigt, ist ihre Lehrverpflichtung jeweils entsprechend festzusetzen.

§ 5

Hochschule für Künste

An der Hochschule für Künste haben die Lehrenden folgende Lehrverpflichtung (§ 2):

1. Professoren und Professorinnen:
 - a) in künstlerischen Fächern
18 Lehrveranstaltungsstunden,
 - b) in wissenschaftlichen Fächern
8 bis 10 Lehrveranstaltungsstunden gemäß Berufsvereinbarung.
2. a) Lehrkräfte für besondere Aufgaben nach § 24 Abs. 1 Bremisches Hochschulgesetz
24 Lehrveranstaltungsstunden,
- b) Lehrkräfte für besondere Aufgaben nach § 24 Abs. 2 Bremisches Hochschulgesetz in der Funktion von Lektorinnen oder Lektoren
18 bis 24 Lehrveranstaltungsstunden.

Werden den Lehrkräften neben Lehraufgaben andere Dienstaufgaben übertragen, kann die Lehrverpflichtung entsprechend auf bis zu 20 Lehrveranstaltungsstunden reduziert werden; über die Reduzierung entscheidet der Rektor oder die Rektorin nach Zustimmung des Dekans oder der Dekanin.

3. Werden die unter Nummer 1 und 2 genannten Lehrenden aufgrund vertraglicher Vereinbarung im Angestelltenverhältnis beschäftigt, ist ihre Lehrverpflichtung jeweils entsprechend festzusetzen.

§ 6

Fachhochschulen

An Fachhochschulen haben die Lehrenden folgende Lehrverpflichtung (§ 2):

1. Professoren und Professorinnen
18 Lehrveranstaltungsstunden.
2. a) Lehrkräfte für besondere Aufgaben nach § 24 Abs. 1 Bremisches Hochschulgesetz
24 Lehrveranstaltungsstunden,
- b) Lehrkräfte für besondere Aufgaben nach § 24 Abs. 2 Bremisches Hochschulgesetz in der Funktion von Lektorinnen oder Lektoren
18 bis 24 Lehrveranstaltungsstunden.

Werden den Lehrkräften neben Lehraufgaben andere Dienstaufgaben übertragen, kann die Lehrverpflichtung entsprechend auf bis zu 20 Lehrveranstaltungsstunden reduziert werden; über die Reduzierung entscheidet der Rektor oder die Rektorin nach Zustimmung des Dekans oder der Dekanin.

3. Werden die unter Nummer 1 und 2 genannten Lehrenden aufgrund vertraglicher Vereinbarung im Angestelltenverhältnis beschäftigt, ist ihre Lehrverpflichtung jeweils entsprechend festzusetzen.

§ 7

Ermäßigung der Lehrverpflichtung

(1) Ermäßigungen der Lehrverpflichtung können unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel nur dann ausgesprochen werden, wenn dadurch das erforderliche Lehrangebot nicht beeinträchtigt wird. Eine Ermäßigung kann jeweils höchstens für vier Semester ausgesprochen werden; in den Fällen nach Absatz 2 Nr. 1 bis 4 kann sie für die Dauer der Amtszeit genehmigt werden.

(2) Für die Wahrnehmung folgender Funktionen innerhalb der Hochschule kann die Lehrverpflichtung auf Antrag durch den Rektor oder die Rektorin der Hochschule ermäßigt werden:

1. Konrektoren und Konrektorinnen
in der Regel um bis zu 75 v.H.,
2. Dekane und Dekaninnen
um bis zu 50 v.H.,
3. Studiendekane und Studiendekaninnen
um bis zu 50 v.H.,
4. stellvertretende Dekane und Dekaninnen
um bis zu 25 v.H.

Eine Ermäßigung der Lehrverpflichtung kann in der Regel nur erfolgen, wenn die Aufgaben oder Funktionen mindestens für die Dauer eines Jahres übertragen werden.

(3) Für die Wahrnehmung weiterer Aufgaben und Funktionen in der Hochschule, die vom zuständigen Organ übertragen worden sind, insbesondere Sprecher oder Sprecherinnen von Sonderforschungsbereichen und Graduiertenkollegs, Studienfachberatung, Praktikantenbetreuung, Praxissemesterbetreuung und Vorsitz des Prüfungsausschusses sowie Aufgaben und Funktionen mit Bedeutung für die Hochschule insgesamt kann der Rektor oder die Rektorin unter Berücksichtigung des Lehrangebots im jeweiligen Fach eine Ermäßigung gewähren. Die Ermäßigung soll 25 v.H. des Lehrdeputats nicht überschreiten.

(4) Soweit an einer Fachhochschule das erforderliche Lehrangebot, einschließlich der nach der Prüfungsordnung vorgesehenen studienbegleitenden Prüfungen für den entsprechenden Studiengang, nach Feststellung des Rektors oder der Rektorin abgedeckt ist, kann dieser oder diese für die Wahrnehmung folgender Aufgaben und Funktionen Ermäßigungen gewähren:

Für Forschungs- und Entwicklungsaufgaben und für weitere Aufgaben und Funktionen in der Fachhochschule sowie die Mitwirkung an der Planung und Einrichtung eines Studiengangs, solange der Lehrbetrieb noch aufgenommen wurde, können Ermäßigungen gewährt werden, wenn und soweit eine Hochschulordnung dies vorsieht. Die Ordnung bedarf der Genehmigung durch den Senator für Bildung und Wissenschaft nach § 110 Abs. 1 Nr. 1 Bremisches Hochschulgesetz. Insgesamt dürfen die gewährten Ermäßigungen 7 v.H. der Gesamtheit der Lehrverpflichtung der hauptberuflichen Lehrpersonen an ei-

ner Fachhochschule nicht überschreiten. Ermäßigungen, die aus Drittmitteln ausgeglichen werden können, sind auf diese Höchstgrenze nicht anzurechnen.

Bis zum 31. August 2005 kann an Fachhochschulen die Betreuung einer Diplomarbeit bei geisteswissenschaftlichen Fächern mit 0,33 und bei naturwissenschaftlichen und technischen Fächern bis zu 0,5 einmal je Arbeit einer oder eines Studierenden auf die Lehrverpflichtung angerechnet werden. Jeder oder jedem Lehrenden können höchstens zwei Lehrveranstaltungsstunden pro Semester für die Betreuung von Diplomarbeiten auf die Lehrverpflichtung angerechnet werden.

(5) Werden einer oder einem Lehrenden Aufgaben im öffentlichen Interesse außerhalb der Hochschule zugewiesen, die die Ausübung der Lehrtätigkeit ganz oder teilweise ausschließen, kann der Senator für Bildung und Wissenschaft für die Dauer der Wahrnehmung dieser Aufgaben unter Beteiligung des Rektors oder der Rektorin die Lehrverpflichtung ermäßigen oder von der Lehrverpflichtung freistellen.

§ 8

Abweichender Lehrbedarf

Der in den §§ 4 bis 6 geregelte Umfang der Lehrverpflichtung der an den staatlichen Hochschulen Lehrenden kann durch Entscheidung der Rektorin oder des Rektors in besonders begründeten Ausnahmefällen befristet um bis zu zwei Lehrveranstaltungsstunden höher festgesetzt werden, wenn ein dienstliches Interesse daran besteht, dass verstärkt Lehraufgaben erfüllt werden. Die erhöhte Lehrverpflichtung ist bei den übrigen dienstlichen Verpflichtungen zu berücksichtigen.

§ 9

Bremische Urlaubsverordnung

Die Vorschriften der Bremischen Urlaubsverordnung bleiben unberührt.

Abschnitt 3

Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 10

Übergangsvorschriften

Die nachstehend genannten Lehrenden haben folgende Lehrverpflichtung (§2):

1. Hochschuldozenten und Hochschuldozentinnen auf Zeit
6 Lehrveranstaltungsstunden.
2. Hochschuldozenten und Hochschuldozentinnen auf Lebenszeit
8 Lehrveranstaltungsstunden.
3. Oberassistenten und Oberassistentinnen und Obergeringenieure und Obergeringenieurinnen
6 Lehrveranstaltungsstunden.
4. Wissenschaftliche Assistenten und Assistentinnen, soweit ihnen Lehraufgaben übertragen werden, eine Lehrverpflichtung von höchstens
4 Lehrveranstaltungsstunden.

Im Übrigen finden die Vorschriften der Abschnitte 1 und 2 sinngemäß Anwendung.

§ 11

In-Kraft-Treten

(1) Diese Verordnung tritt hinsichtlich der Universität Bremen und der Hochschule für Künste am 1. Oktober 2004, hinsichtlich der Hochschule Bremen und der Hochschule Bremerhaven am 1. September 2004 in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten die Lehrverpflichtungsverordnung vom 22. Juli 2002 (Brem.GBl. S. 321 - 2040-m-4) und die Lehrnachweisverordnung vom 22. Juli 2002 (Brem.GBl. S. 325 - 2040-m-2) außer Kraft.

Bremen, den 14. Mai 2004

Der Senator für Bildung
und Wissenschaft

Der Rektor



UNIVERSITÄT
BREMEN

Universität Bremen - Dez. 2 - Bibliothekstr. - 28359 Bremen

Verwaltungsgebäude
Bibliothekstr.
28359 Bremen

An die
Sprecherinnen/ Sprecher
der Fachbereiche
01 - 12

nachrichtlich auch

- KON 1
- KON 2
- KON 3

☎ 04 21 218 - 34 65

FAX 04 21 218 - 70 17

Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Geschäftszeichen
(Bitte bei Antwort angeben)
- R -/21

Datum

03.02.1999

*abgegr. am
18/2. 99
[Signature]*

Dienstplichten des wissenschaftlichen Personals in Lehre und Forschung

Sehr geehrte Damen und Herren,

Professorinnen und Professoren der Universität sowie auch die sonstigen in Lehre und Forschung tätigen Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter erfüllen nach meiner Kenntnis und Überzeugung in ihrer großen Mehrheit die ihnen obliegenden Dienstplichten nicht nur korrekt, sondern auch mit großem Engagement.

Bedauerlicherweise veranlassen mich allerdings einige mir bekanntgewordene Einzelfälle, mit Nachdruck auf folgendes hinzuweisen:

1. Dienstort

Wegen der Eigenart ihrer Aufgaben, vor allem die der wissenschaftlichen Forschung und Lehre, unterliegen Professorinnen und Professoren gem. § 165 h des Bremischen Beamtengesetzes (BremBG) in der Regel nicht den gesetzlichen Bestimmungen zur Arbeitszeitregelung.

Hieraus folgt jedoch nicht, daß es im freien Ermessen der Professorinnen und Professoren liegt, wo sie ihren gesetzlichen Dienstplichten nachkommen. Die in § 17 Bremisches Hochschulgesetz (BremHG) aufgeführten und in der Berufungsvereinbarung konkretisierten Dienstplichten sind vielmehr grundsätzlich am Dienstort (Hochschule) wahrzunehmen. Hiervon ausgenommen sind lediglich Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten, die aus sachlichen Gründen die Anwesenheit an einem anderen Ort erfordern (z. B. Teilnahme an Expeditionen, Feldforschung, Archivbesuche, Teilnahme an wissenschaftlichen Tagungen, Abwesenheit zur Erfüllung der Lehrverpflichtung an einer durch Kooperationsvertrag verbundenen Partnerhochschule usw.).

Dies gilt für das sonstige in Lehre und Forschung eingesetzte wissenschaftliche

Personal entsprechend; eine Ausnahme von der gesetzlichen Arbeitszeitregelung ist für diesen Personenkreis dagegen nicht vorgesehen.

2. Anwesenheit in der Hochschule

Bei einer Kollision der Pflichten in Forschung/Entwicklung und in der Lehre ist grundsätzlich zugunsten der Lehre im weitesten Sinne (Lehrveranstaltungen, Abnahme von Prüfungen, Studienberatung und Betreuung von Studierenden und Doktoranden) zu entscheiden. Insbesondere hat die Durchführung von Lehrveranstaltungen zu den angekündigten Zeiten *Vorrang* vor anderen Dienstpflichten.

Ein Ausfall oder eine Verlegung von Lehrveranstaltungen ist deshalb nur bei *unaufschiebbaren* anderen Pflichten und auch nur in einem zeitlich *streng limitierten* Umfang zulässig. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Forschungstätigkeit mit einer Abwesenheit vom Dienstort verbunden ist.

Ausgefallene Lehrveranstaltungen sind zeitnah nachzuholen.

Gem. § 89 Abs. 1 S. 5 BremHG haben die Fachbereichssprecherinnen/-sprecher (neben dem Rektor als Dienstvorgesetzter) u. a. darauf hinzuwirken, daß die Professorinnen und Professoren sowie die übrigen zur Lehre verpflichteten Personen die ihnen obliegenden Aufgaben, insbesondere ihre Lehr- und Prüfungsverpflichtung, ordnungsgemäß erfüllen und auch dafür Sorge zu tragen, daß etwaige Kollisionen ihrer Pflichten aus Forschung und Lehre während der Veranstaltungszeit in der Regel zugunsten der Lehre im weitesten Sinne entschieden wird.

Für sämtliche Fälle der Abwesenheit von Professorinnen und Professoren während der Veranstaltungszeit, die zu einer Beeinträchtigung der vorgesehenen Lehrveranstaltungen führen, ist *rechtzeitig* (2 Wochen vorher) und unter Beteiligung der/des Beauftragten für die Lehre *eine vorherige Genehmigung* der Fachbereichsprecherin bzw. des -sprechers einzuholen.

Eine Beeinträchtigung ist auch dann anzunehmen, wenn Lehrveranstaltungen verschoben oder von einer anderen Person (Professorin oder Professor) abgehalten werden.

Ist an *mehr als zwei aufeinanderfolgenden Tagen* eine Beeinträchtigung von Lehrveranstaltungen zu besorgen, ist die Abwesenheit - unter Beteiligung der/des FB-Sprecherin/Sprechers ebenfalls rechtzeitig - durch den Rektor zu genehmigen.

3. Betreuungspflichten:

Nach § 17 Abs. 2 BremHG gehört es zu den *hauptberuflichen* Aufgaben der Professorinnen/ Professoren, sich an der Studienberatung zu beteiligen und die Studierenden auch *außerhalb der Lehrveranstaltungen bzw. der Lehrveranstaltungszeit* in angemessenem Umfang fachlich zu betreuen. Zur ordnungsgemäßen Erfüllung dieser Betreuungspflicht ist es erforderlich, daß die Hochschullehrerin/ der Hochschullehrer den Studierenden auch in der veranstaltungsfreien Zeit, soweit nicht Aufgaben in der Forschung die Anwesenheit an einem anderen Ort erfordern, mindestens einmal wöchentlich zu einer festgelegten Zeit zur Beratung und Betreuung in der Hochschule zur Verfügung steht ("Beratungsstunde"). Ort und Zeit der "Beratungsstunde" sind in

geeigneter Form (Veranstaltungsverzeichnis, Aushang o. ä.) bekannt zu geben. Dies gilt entsprechend für die übrigen hauptberuflich Lehrenden.
Ich halte es für wünschenswert, daß Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sowie auch die übrigen hauptberuflich Lehrenden über diese sich aus der o.g. gesetzlichen Bestimmung ergebende minimale Beratungszeit hinaus mindestens an einem weiteren Tag in der Woche Termine zur Fachberatung und -betreuung für Studierende anbieten.

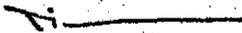
Abwesenheiten während des gesetzlichen Erholungsurlaubs bleiben selbstverständlich unberührt.

Ich bitte um Kenntnisnahme und Beachtung.

Außerdem bitte ich darum, mein Schreiben allen hauptamtlich Lehrenden ihres Zuständigkeitsbereichs in geeigneter Form zur Kenntnis zu geben.

Mit freundlichem Gruß

Ihr



Prof. Dr. J. T i m m